

BLAUER LANDKREIS

Landkreis Görlitz

03/20



**Ausstieg aus der Braunkohle-
verstromung.
Ursachen, Konsequenzen,
Zukunftsaussichten**

Seite 4



**Sachsens Katastrophenschutz
wurde kaputt gespart**

Seite 8



**Aktive Wirtschaftskraft ist –
Tourismus vor Ort!**

Seite 11

**Neues aus der AfD-Kreistags-
fraktion Görlitz**

Seite 12

www.afdgoerlitz.de

Vorwort



Liebe Landsleute,

ich hoffe, Sie konnten die vergangenen Urlaubswochen genießen und die täglichen Sorgen rund um Covid-19 ein wenig vergessen. Wie wir alle wissen, müssen wir nun Anstrengungen unternehmen, um den Stillstand des Frühjahrs aufzufangen. Nach der Sommerpause wird die aktuelle Lage in Berlin deshalb von den wirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Begleiterscheinungen der Corona-Krise dominiert. Bisher liefert die Bundesregierung keine verständlichen und zufriedenstellenden Antworten. Es ist und bleibt weiterhin unbekannt, wie hart es die Klein- und mittelständischen Unternehmen treffen wird. Insolvenzen müssen bis zum 31.03.21 nicht gemeldet werden; Kurzarbeiterregelungen wurden ebenso verlängert, wie die Pflicht einen Mund-/Nasenschutz in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Schulen und beim täglichen Einkauf zu tragen. Fachleute sprechen davon, dass die deutsche Wirtschaft bereits um 6 % eingebrochen ist. Aktuell wächst sie auch deutlich langsamer als prognostiziert und alles wird von der Angst eines erneuten Shut-Downs überlagert. Sollte dieser kommen, steht auch das nächste Jahr wirtschaftlich unter keinem guten Stern. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten und Mieten. Unsicherheit über die eigene Zukunft ist an der Tagesordnung.

Als Opposition verfolgt die AfD alle Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Pandemie genau und verschließt sich den Diskussionen nicht. Es braucht vernünftige Hilfsprogramme, die auch die Existenz des Mittelstands sichern. Dieser ist und bleibt das Rückgrat der regionalen Wirtschaftsstruktur. Gerade die Zulieferbetriebe sichern Arbeit und Wohlstand für die Bevölkerung im ländlichen Raum.

Im Bereich der Außenpolitik überschlagen sich die Meldungen zum Umgang mit den Migranten im ausgebrannten Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Selbst deutsche Politiker in Führungsverantwortung sind sich uneinig, wie viele Menschen nach Deutschland gebracht werden sollten.

Dabei verlieren sie vollkommen aus dem Blick, dass Griechenland die Flüchtlinge gar nicht einfach ausreisen lassen möchte. Welchen Eindruck macht die Haltung, diese Einladung, der deutschen Bundesregierung auf diese Menschen? Und warum brennt plötzlich noch ein Flüchtlingslager auf der griechischen Insel Samos? Hier kann nur eine Unterstützung vor Ort helfen: Humanitär für die Flüchtlinge und zur Herstellung der Sicherheit für Griechenland. Brandstifter müssen bestraft und nicht belohnt werden.

Liebe Mitstreiter, nun ist es noch knapp ein Jahr bis zur nächsten Bundestagswahl. Neben der Programmarbeit werden durch die Parteibasis die Direkt- und Listenkandidaten bestimmt. Ich freue mich sehr, dass ich am 05. September 2020 durch den AfD Kreisverband Görlitz als Direktkandidat im Wahlkreis Görlitz zur Bundestagswahl 2021 nominiert wurde. Für das große Vertrauen bedanke ich mich. Es ist mir eine Ehre, dass ich für diesen Wahlkreis wieder antreten darf.

Am 03. Oktober 2020 jährte sich die Wiedervereinigung zum 30. Mal. Mit Sorge beobachten wir, dass alte Gräben zwischen Ost und West wieder aufgerissen werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns auf regionaler Ebene mit unseren Parteifreunden in den alten Bundesländern vernetzen und austauschen. Aus diesem Grund wurde eine am 06. September 2020 Partnerschaft zwischen den AfD Kreisverbänden Görlitz und Heidelberg geschlossen. Nur im Miteinander können andere Perspektiven verstanden und regionale Unterschiede auch akzeptiert werden. Wir freuen uns auf den konstruktiven Austausch.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen goldenen Herbst, Gesundheit und eine große Portion Gelassenheit.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Tino Chrupalla

Nawalny: wie ein Krimi aus Kalten Kriegzeiten

Der angebliche Giftanschlag auf den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny hält die Öffentlichkeit in Atem. Spätestens seit seiner Überführung nach Deutschland ist die Angelegenheit auch für uns von weitreichender politischer Bedeutung. Am 11.09.2020 habe ich im Rahmen der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag zu diesem Thema gesprochen.

Allerdings gibt es trotz der eindeutigen Schuldzuweisungen an die russische Regierung derzeit mehr Fragen als Antworten. In solchen Fällen konzentriere ich mich immer auf die „Cui Bono“-Frage: wem nützt es am Ende, wenn die angebliche oder tatsächliche Vergiftung des russischen Oppositionellen dazu führt, dass das Erdgasprojekt Nordstream 2 gekippt wird?

Ich teile die Sorge vieler Menschen, dass im schwelenden Konflikt zwischen Russland und dem Westen eine neue Eskalationsstufe erreicht wird, die Deutschland (mal wieder) in Gefahr bringt. Selbstverständlich muss der Fall Nawalny aufgeklärt werden. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, dass wir uns mit vereinten Kräften für eine Deeskalation im Konflikt mit Russland einsetzen, um auch weiterhin Frieden für Europa zu gewährleisten. Außerdem dürfen wir unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen nicht aus dem Blick verlieren: Nordstream 2 ist ein entscheidender Faktor in Bezug auf unsere Energiesicherheit in den kommenden Jahrzehnten. Diese darf unter keinen Umständen aufs Spiel gesetzt werden.

Rede von Tino Chrupalla im Deutschen Bundestag vom 11.09.2020



Meine zehn Fragen zum sogenannten „Sturm auf den Reichstag“

Am 29.08.2020 haben in Berlin tausende Menschen aus unterschiedlichen politischen Lagern gemeinsam FRIEDLICH für Recht und Freiheit und gegen die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen demonstriert.

Statt diesen Umstand zu würdigen, berichten viele Medien von einem „Sturm auf den Reichstag“ und stellen so eine Verbindung zwischen friedlich protestierenden Bürgern, die ihre Grundrechte wahrnehmen, zu Spinnern und Reichsbürgern her.

Doch bei diesem sogenannten „Sturm auf den Reichstag“ bleiben viele Fragen offen. War dieser am Ende gar angeordnet? Ich habe am 1.9.2020 dazu einige Fragen veröffentlicht, die Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD), der Verfassungsschutz und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble beantworten müssen:

1. War am 29. August eine eigenständige Kundgebung vor dem Reichstag angemeldet, die nichts mit der Demonstration für Grundrechte zu tun hatte?
2. Von wem war diese Kundgebung angemeldet?
3. Stimmt es, dass der Verfassungsschutz den Kreis der Anmelder kannte und er seine Informationen zu den Personen an den Berliner Innensenator Andreas Geisel weitergegeben hat?
4. Stimmt es, dass der Verfassungsschutz Mitglieder des Anmelderkreises des Terrorismus verdächtigt?
5. Warum hat Senator Geisel angesichts einer Kundgebung unmittelbar vor dem Reichstag keine entsprechenden Schutzvorkehrungen getroffen?
6. Konkret: Warum waren zum Zeitpunkt der Kundgebung nur drei Polizisten auf der Reichstagstreppe?
7. Und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble muss sich fragen lassen: Wo war eigentlich die aus 180 Beamten bestehende Bundestagspolizei? Waren die alle beurlaubt? An so einem Wochenende?
8. Haben die Behörden also den angeblichen „Sturm auf den Reichstag“ bewusst „genehmigt“?
9. Hat der Verfassungsschutz Senator Geisel mitgeteilt, wie viele V-Leute bei der Aktion auf den Treppenstufen dabei waren?
10. Zu guter Letzt: Warum stellt kein Journalist solche Fragen?

Leider habe ich auf diese Fragen bislang noch keine Antworten erhalten. Aber vielleicht hat ja der eine oder andere Journalist, der den Blauen Landkreis liest, Gelegenheit, diese wichtigen Fragen in die Diskussion einzubringen. Auch Sie, werte Leser, sind aufgefordert, solche unbequemen Fragen weiterhin zu stellen. Lassen wir uns nicht mit widersprüchlichen Aussagen abspeisen, sondern streiten wir weiterhin mutig für die Wahrheit. Wir sind es den kommenden Generationen schuldig.

MdB Tino Chrupalla

Mitglied des Deutschen Bundestages,
Kreisvorsitzender der AfD Görlitz
Bundessprecher der Alternative für Deutschland

Ausstieg aus der Braunkohleverstromung

Ursachen, Konsequenzen, Zukunftsaussichten

Liebe Bürger, Freunde und Kollegen,

Nach jahrelangem Drängen aus Rot-Grünen Politikreisen ist es nun Gewissheit. Die Förderung der Braunkohle und deren Verbrennung in Wärmekraftwerken wird definitiv in spätestens 18 Jahren ein Ende finden. Für diesen, um mindestens 10-15 Jahre vorgezogenen Ausstieg aus der Schlüsselindustrie der Lausitz, war eine regelrechte Verteufelungs- und Lügenkampagne aus den Kreisen vornehmlich Linker und Grüner Ideologen vorausgegangen. Die CO₂ Lüge, zu deren Bezeichnung ich mich klar bekenne, spielte dabei die entscheidende Rolle. Es wurden Begrifflichkeiten wie „dreckiger Strom“, „Dreckschleudern“ und „giftiges CO₂“ verwendet. Erstaunlich in diesem Zusammenhang ist aber auch, dass eine einstmals wirtschaftsstrategisch klug agierende CDU, sich wie beim übereilten und bis heute nicht nachvollziehbaren Atomausstieg, abermals der links-grünen, wirtschaftsfeindlichen Politik beugt und auch diesen Ausstieg federführend mitträgt.

Die Zahl der Beschäftigten, welche direkt mit der Förderung der Braunkohle und deren Verstromung zu tun haben, beläuft sich auf 8.200. Die Zahl derer, die indirekt bzw. in der Zulieferindustrie beschäftigt sind, auf weitere 17.000.

Diese Zahlen könnten auf den ersten Blick nicht als besonders hoch eingeschätzt werden. Betrachtet man aber gerade das Lausitzer Revier, wird man feststellen, dass eine in den letzten Jahren besonders strukturell geschundene Region von diesem Einschnitt wesentlich härter getroffen würde als es andernorts je der Fall war. Schon jetzt zählt diese Region zu den kaufkraftschwächsten bundesweit. Eine weiter fortschreitende Deindustrialisierung würde diese Region, die durch Abwanderung und fortschreitende Überalterung geprägt ist, weiter veröden lassen. Die Lausitzer sind als bodenständig und ihrer Heimat treu verbunden bekannt. Sie haben diese Region mit ihrem Fleiß geprägt und geformt. Es ist nicht zumutbar und auch nicht hinnehmbar, dass die Bürger in der Lausitz wieder die Rolle der Abgehängten übernehmen sollen.



Roberto Kuhnert beim Blick über einen Tagebau.

Dem entgegen verkündete MP Kretschmer, dass ein milliardenschweres Finanzpaket zur strukturellen Förderung der betreffenden Regionen geschnürt worden sei. Er verspricht bis heute, dass die Kleinstadt Weißwasser, direkt vom Kohleausstieg betroffen, einen ICE Hochgeschwindigkeitsanschluss bekäme und man nun endlich den Breitbandausbau für diese Region vorantreiben möchte. Schließlich könne man beim Verkauf seiner Immobilie mit schneller Internetanbindung einen weit höheren Preis erzielen. Jeder klug Denkende merkt natürlich, dass dies Ammenmärchen sind. Denn das, was in der Lausitz gebraucht wird, sind neu zu schaffende Industriearbeitsplätze. Arbeitsplätze, in denen all jene sich beruflich verwirklichen können, die einen handwerklichen oder industriellen Beruf erlernt haben. Dies wird nur gelingen, wenn man klug an realisierbaren Infrastrukturen arbeitet. Wenn man die nötigen Anreize in Form einer Wirtschaftssonderzone mit entsprechenden Steuervorteilen schafft und dafür sorgt, dass dieses in Aussicht gestellte Geld auch nur dort eingesetzt wird, wo es dringend benötigt wird. Strukturförderungen, wie jetzt schon zu vernehmen war, dürfen keinesfalls für Projekte in strukturell gesunden Regionen zweckentfremdet werden.

Bürgermeisterwahl in Schleife

Bereits am 12. August 2020 wählten Mitglieder des AfD Kreisverbandes Görlitz ihren Kandidaten zur bevorstehenden Bürgermeisterwahl in der Gemeinde Schleife. Es ist der Zimmerermeister Mathias Lampe, der schon bei der zurückliegenden Kommunalwahl mit einer herausragenden Zustimmung an Wählerstimmen für die AfD in den Gemeinderat Schleife gewählt wurde.



AfD-Bürgermeisterkandidat in Schleife: Mathias Lampe

Seither ist Mathias Lampe für sein aktives und bürgernahes Engagement in der Schleifer Kommunalpolitik bekannt. Sein grundsätzliches Augenmerk, als zukünftiger Schleifer Bürgermeister, würde er auf den Erhalt und die Weiterentwicklung gewachsener traditioneller Strukturen legen. Als Beispiel nannte er die zukünftige Finanzierbarkeit herausragender Objekte wie das neu errichtete Schulzentrum. Aber auch weitgehend offene Fragen des Strukturwandels wären und blieben Schwerpunkte in der Arbeit als zukünftiger Bürgermeister.

„Es ist nur eine Maske“, wird sich sehr schnell in: „Es ist nur ein Impfstoff“ verwandeln.

Binnen kurzer Zeit hat die Regierung das Land erfolgreich in "gehorsame Maskenträger" und "egoistische Menschen", die sich weigern, Masken zu tragen, gespalten.

In dieser kurzen Zeit hat die Regierung vorgeschrieben, welche Veranstaltungen akzeptabel sind und zur Teilnahme berechtigen aber auch festgelegt, welche nicht erlaubt sind. In weniger als 5 Monaten ist es der Regierung gelungen, kleine und mittlere Unternehmen nicht nur an den Rand des Ruins sondern diese auch in denselben zu treiben. In dieser kurzen Zeit hat diese Regierung große Teile im Volk dazu gebracht, zu glauben, dass eine bargeldlose Gesellschaft eine gute Sache sei.

In dieser Zeit hatte die Regierung veranlasst, Schulen zu schließen. Bildung soll unter dem Deckmantel der „öffentlichen Sicherheit“ endlich umgestaltet und viel besser kontrolliert werden.

In dieser Zeit hat die Regierung bewiesen, wie leicht so genannte „Angst-Menschen“ sich mit einer Reihe von Einschränkungen im täglichen Leben assimilieren lassen. Die Regierung hat Angst als herrschendes Prinzip in der Mehrheit der Bevölkerung etabliert. Die Masse der Bürger hat regelrechte Angst vor ungerechtfertigten Strafen. Aber auch Angst vor ihren Mitbürgern, ihren Kollegen, ihrem gesellschaftlichen Umfeld, bis hin zur Angst vor der Luft, die sie atmen. Diese Regierung hat in weiten Teilen der Bevölkerung eine unerträgliche Hysterie erzeugt.

In weniger als 5 Monaten hat diese Regierung, einem einstmals sich frei fühlenden Volk, ein Volk das mündig sein wollte, die Würde genommen. Die Menschen, die Masken aus Angst tragen und sich in vorauseilendem Gehorsam über jene echauffieren, die nicht bereit sind, sich dem Diktat zu beugen, diese werden die ersten sein, die sich als erste für den neuen, unbekanntem aber doch mit dem Duft der „neuen Freiheit“ versehenen Impfstoff anmelden werden. Keiner von denen ist beunruhigt, dass dieser Impfstoff von den Regierenden als Entscheidungs- und Zulassungsfaktor in unserem Leben verwendet werden wird. Denken Sie immer noch, „Es ist nur eine Maske“? Warten Sie ab, bis Ihnen gesagt wird, dass Sie keinen Laden mehr betreten, ohne den Nachweis dafür zu erbringen, gegen Covid-19 geimpft zu sein. Warten Sie ab, bis Sie ohne Impfnachweis nicht mehr verreisen, zu Konzerten oder an öffentliche Orte gehen können. Das alles wird dann ohne Nachweis, dass Sie kein Risiko für andere sind, nicht mehr möglich sein.



Demo gegen Unterdrückung und für die Freiheit.

Sie wissen aus der Erfahrung der letzten Monate, dass diese Regierung ganz erfolgreich vorgeben konnte, was erlaubt ist und was nicht. Eine erstaunliche Mehrheit der Bevölkerung folgt blind diesen rechtsbeugenden, die Freiheit des Einzelnen untergrabenden Verordnungen und Erlassen. Dies nur weil ihnen gesagt wird, sie müssen dies tun. Es ging dabei NIEMALS um eine Maske, es ging und geht dabei immer mehr um die Kontrolle und den Gehorsam der Bevölkerung.

Ihr Roberto Kuhnert



MdL Roberto Kuhnert

Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss
Bergbaupolitischer Sprecher
Kontakt: buero@robertokuhnert.de

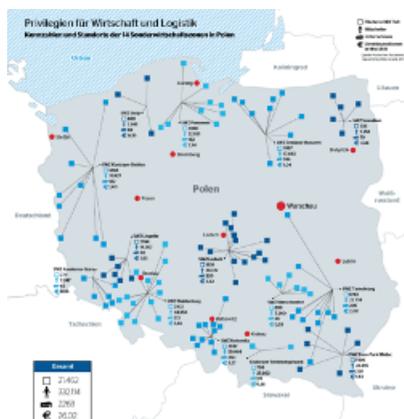
Blick in unser Nachbarland Polen und auf unsere deutsch-polnische Grenzregion

Liebe Mitbürger, liebe Parteifreunde und Unterstützer, auch wenn „Corona“ und die damit künstlich erzeugten Folgen für unsere Wirtschaft weiterhin die Schlagzeilen bestimmen, so möchte ich mit Ihnen dennoch einen Blick über unsere Grenzen wagen. Einige interessante Ereignisse der letzten Tage und Wochen aus unserem direkten Nachbarland Polen sind hierbei besonders berichtenswert. Neben der Eröffnung der neuen „Sächsischen Botschaft“ in Breslau, bei der ich selbst vor Ort war, sind die Präsidentschaftswahlen in Polen von besonderer Bedeutung. Fernab von unserer verzerrten, deutschen Berichterstattung, möchte ich Ihnen nachfolgend ein klares Bild über die letzten Ereignisse liefern.

Aktuelles aus dem Landtag – keine Förderung der deutsch-polnischen Grenzregion

Es gibt kein spezifisches Förderprogramm für die deutsch-polnische Grenzregion. Dies ergaben meine beiden kleinen Anfragen der Drucksachen 1614 und 2542. Das ist eine sehr schlechte Nachricht für die Region bei uns vor Ort, welche neben der dauerhaften Abwanderung nun zusätzlich von einem ideologisch begründeten und überstürzten Kohleausstieg betroffen ist. Es ist ein Armutszeugnis für die CDU-Regierungen in Sachsen. Nach 30 Jahren Deutscher Einheit ist es immer noch nicht gelungen, gezielte Programme, Projekte und Impulse einzusetzen, um den wirtschaftlichen Abstieg unserer wunderbaren Heimat zu stoppen und um Aufbauarbeit zu leisten.

Unsere Lausitz ist eine attraktive Energie- und Kulturregion und es gäbe viele Möglichkeiten zur Stärkung unserer Wirtschaft. Die AfD fordert seit langem eine Sonderwirtschaftszone, um Ansiedlungsanreize zu schaffen und Strukturprobleme aufzubrechen. Auf polnischer Seite gibt es seit langem 14 Sonderwirtschaftszonen, welche deutsche und internationale Unternehmen mit vielen Anreizen locken und wo bereits Milliarden Euro aus dem Ausland investiert wurden.



Die 14 Sonderwirtschaftszonen in Polen

Eröffnung des neuen Verbindungsbüros in Breslau – ich war mit vor Ort

Am 8. Juli 2020 fand die Eröffnung des sächsischen Verbindungsbüros in Breslau statt. Die „Sächsische Botschaft“ befindet sich im Stadtzentrum auf dem Freiheitsplatz im Max Born-Forum. Max Born war ein deutscher Mathematiker und Physiker, der in Breslau aufwuchs und 1954 für seine Beiträge zur Quantenmechanik den Nobelpreis verliehen bekam.



Sächsisches Verbindungsbüro in Breslau

Neben Ministerpräsident Michael Kretschmer war auch Sachsens Justiz- und Europaministerin Katja Meier zur Büroeinweihung vor Ort. Die Kontaktbüros in Breslau und Prag sind jetzt ihrem Ministerium unterstellt. Da ich ebenfalls zum Festakt eingeladen war, konnte ich die Veranstaltung direkt mitverfolgen. Zur Feierlichkeit der Einweihung in Breslau herrschten große Einigkeit und Freundschaft zwischen den Politikern Sachsens und Niederschlesiens. In den Reden ging es vor allem um gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung der Corona-Krise. Michael Kretschmar wurde vom Marschall von Niederschlesien, Cezary Przybylski, das Ehrenabzeichen über besondere Verdienste um die Woiwodschaft Niederschlesien verliehen. Dafür ausschlaggebend waren wohl die Hilfen bei polnischen Corona-Tests, die in Sachsen ausgewertet wurden und die Hilfslieferung von Masken nach Polen.

Der Leiter des Verbindungsbüros in Breslau, Uwe Behnisch, versicherte mir gute Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen hinweg, es gehe hier um den Kontakt zwischen Menschen zweier Länder, nicht um Parteien. Man erhofft sich durch den sächsischen Standort neue gemeinsame Projekte und Netzwerke sowie eine vertiefte Präsentation Sachsens als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort.

An dieser Stelle ein Aufruf an alle Vereine und Schulen aus unserer Region, die gerne partnerschaftliche Beziehungen oder Kontakte zu Vereinen und Schulen in Niederschlesien oder Lebusener Land aufbauen oder ausbauen möchten. Ich bin gerne bereit vermittelnd tätig zu werden und Sie beim gegenseitigen Kennenlernen persönlich zu unterstützen. Bitte melden Sie sich unter buero@jensoberrhoffner.de

Die polnischen Präsidentschaftswahlen – verzerrte Berichterstattung und deutsche Wahlbeeinflussung

Der amtierende Präsident Duda hat die Stichwahl in Polen gegen seinen Herausforderer Rafal Trzaskowski gewonnen. Die Ereignisse wurden wieder einmal von einer nicht in Worte zu fassenden Berichterstattung begleitet. Präsident Duda, der für ein konservatives und eigenbestimmtes Polen steht, wurde von allen deutschen Medien als „EU-feindlich“ und „rückwärtsgewandt“ betitelt. Sein Herausforderer als „weltoffen“, „fortschrittlich“ und „EU-freundlich“. Besonders der deutsche Springer-Verlag, welcher auch die große polnische Tageszeitung „Fakt“ besitzt, heizte die Berichterstattung vor Ort gegen Duda stark an. Die Tatsache der deutschen Medienbeeinflussung in Polen wurde im Wahlkampf stark und kontrovers diskutiert. Rafael Trzaskowski erhielt zudem u.a. 1995 ein Stipendium der Soros Foundation an der Oxford Universität und war 2019 Gast bei der Bilderberg-Konferenz in der Schweiz. Diese Fakten wurden in der deutschen Berichterstattung mit keinem Wort erwähnt. Ironischerweise erschien nach dem Wahlsieg Dudas kurzzeitig ein Artikel über die Deutsche Presse-Agentur (dpa), welcher relativ ausgewogen über die Vorgänge berichtete. Der Titel lautete: „Trzaskowski gratuliert Duda zum Sieg“. Sogar der AfD-Politiker Petr Bystron wurde wie folgt zitiert: „Mit Dudas Wiederwahl haben die Polen für ihre eigene Nation, Kultur, Religion und Tradition und gegen die übergriffigen Forderungen der Globalisten in der EU gestimmt. Das Votum ist klar: Die Polen wollen nicht aus Berlin und Brüssel regiert werden. Und das ist gut so.“ Kurze Zeit später war dieser relativ neutrale Artikel wieder aus fast allen deutschen Medien verschwunden und es tauchte ein neuer Artikel mit dem Titel „Knapper Sieg sichert Dudas zweite Amtszeit“ auf. Die polenfreundliche Berichterstattung wurde zurückgenommen und die dpa zensierte sich quasi kurzerhand selbst. In diesem neuen Artikel wurde die übliche Hetze schnell nachgeholt und man sprach dann u.a. von „progressiven Liberalen gegen rückwärtsgewandte Bewahrer“ und davon, dass Duda gegen „sexuelle Minderheiten“ hetzen würde und „antideutsche Ressentiments aus der Mottenkiste“ holen würde. AfD-Politiker kamen jetzt nicht mehr zu Wort, dafür holte man sich einen sogenannten „Experten“ zur weiteren Befragung. Sein Name ist Prof. Antoni Dudek und er prophezeite eine „kalte bis sehr kalte Politik Warschaus“. Laut dpa hätte Duda eine „angebliche Einmischung deutscher Medien in den Wahlkampf“ kritisiert. Diese faktische deutsche Einflussnahme wurde somit wieder verdreht und geleugnet. Eine ungeheuerliche Art und Weise mit der hier über den Präsidenten unseres Nachbarlandes berichtet wird. Der Korrespondent Philipp Fritz, welcher für Springers WELT berichtet, schrieb über Dudas Herausforderer Rafal Trzaskowski, er sei „der bessere Präsident“. Die gesamte deutsche, verzerrte Berichterstattung wurde von polnischer Seite sogar als Wahlkampfbeeinflussung verstanden und

Duda fragte bei einem Wahlkampfauftritt ganz offen: „Wollen die Deutschen den Präsidenten in Polen bestimmen?“. Die skandalösen Vorgänge führten schlussendlich dazu, dass der Gesandte der deutschen Botschaft eine Woche vor der Wahl in Warschau ins Außenministerium einbestellt wurde. Der polnische Vize-Außenminister Szykowski selbst sprach von „manipulativen Artikeln in deutschen Medien“

Dies ist nur ein Beispiel über die inzwischen allgegenwärtige, manipulative deutsche Berichterstattung. Bitte lassen Sie sich nicht manipulieren, bleiben Sie stets kritisch und hinterfragen Sie die Artikel deutscher Medien.



MdB Jens Oberhoffner

Mitglied im Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Mitglied im Ausschuss für Regionalentwicklung,
Sprecher für regionale Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen
www.jensoberhoffner.de

AfD-Anfrage belegt: Grenzkontrollen bringen direkt mehr Sicherheit!

Die Anzahl der Diebstähle unter erschwerenden Umständen ist im Zeitraum von Mitte März bis Mitte Mai 2020 signifikant zurückgegangen. In Görlitz gab es in diesem Zeitraum im Jahr 2019 noch 414 Fälle. 2020 waren es nur 156. Ähnlich sieht es in Zittau, Plauen, Bautzen und anderen grenznahen Städten aus.

Dies geht aus einer kleinen Anfrage (Drs. 7/2371) mit dem Titel „Entwicklung der Eigentumskriminalität“ hervor.

Dieser Rückgang ist maßgeblich auf die Grenzkontrollen und weitgehende Grenzsicherungen zurückzuführen. Das kann man vor allem daran ablesen, dass in den letzten Wochen seit Öffnung der Grenzen die Kriminalität wieder exorbitant angestiegen ist, wie aktuell die Sächsische Zeitung berichtet („Corona geht, die Autodiebe kommen“).



Während des künstlichen Komas für unsere Wirtschaft waren viele Geschäfte wochenlang weitestgehend unbewacht. Es wäre ohne Grenzkontrollen sehr einfach gewesen, sie auszuräumen und das Diebesgut verschwinden zu lassen. Natürlich ist der offenkundige Rückgang an Einbrüchen nicht nur auf Ausländer zurückzuführen. In Landkreisen ohne Grenzbezug gab es auch Rückgänge von 25%. Im grenznahen Bereich war der Rückgang der Einbrüche jedoch bei ca. 50- 66%. Die Grenzkontrollen und Schließungen haben vor allem im grenznahen Bereich in erheblichem Maße zum Rückgang der Diebstahlsdelikte beigetragen.

Wir sollten deshalb zukünftig stärker auf das bewährte Mittel der Grenzkontrolle setzen. Gute Organisation vorausgesetzt, hält sich die zeitliche Beeinträchtigung für Reisende und den Warenverkehr in einem vertretbaren Maß.

Sachsens Katastrophenschutz wurde kaputt gespart

Die CDU hat den sächsischen Katastrophenschutz vor die Wand gefahren. Besonders schlimm ist es im Landkreis Görlitz. Hilfskräfte müssen mit Oldtimern zum Einsatz fahren. Einrichtungen verfügen über Toiletten aus den 50er Jahren. Fassaden bröckeln. Kameraden haben nicht einmal eine Umkleidekabine. Der MDR berichtet sogar von Waschbären, die sich in der Dienststelle Görlitz-Klingewalde eingeknistet haben.



Diese Zustände sind ein Schlag ins Gesicht für alle ehrenamtlichen Kräfte, die in der Not für alle in die Bresche springen. Auf die weißen Einheiten des Katastrophenschutzes kann sich die Region immer verlassen: Ob bei Hochwassern, Unfällen oder gefährlichen Einsätzen in Höhenlage. Nicht zuletzt war der weiße Katastrophenschutz beim Superstau auf der A4 zur Stelle, als tausende Autofahrer von Görlitz bis Burkau bei großer Hitze in ihren Autos eingeschlossen waren.

Die CDU-geführte Landesregierung hat die Probleme beim Katastrophenschutz jahrelang ignoriert. Dann hat sie aus Inkompetenz bürokratisch verriegelte Fördertöpfe aufgestellt, von denen weder Kommunen noch Hilfsorganisationen profitieren.

Fördermittel wurden an Eigenanteile geknüpft, die klamme Kommunen nicht aufbringen können. Schon gar nicht während der Corona-Krise.

Dieses Förderhemmnis muss abgebaut werden. Außerdem müssen Hilfsorganisationen wie der weiße Katastrophenschutz unter Umständen direkt förderfähig sein. Dringend benötigte Mittel müssen ohne Umwege ankommen. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu müssen sofort geschaffen werden. Ein einsatzfähiger Katastrophenschutz entscheidet im Ernstfall über Leben und Tod.

EU-»Faktenprüfer« gegen »Fake News« - Kommt bald das Wahrheitsministerium?

Die EU plant ein schärferes Vorgehen gegen »Fake News«. Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter sollen künftig enger mit »Faktenprüfern« zusammenarbeiten und monatlich von ihrem »Kampf gegen Desinformation« berichten.

Was sind »Fake News«? Etwa die Behauptung, dass es kein Volk gebe, aber drei Dutzend Geschlechter? Das Ausländer Deutschland ab den 60iger Jahren wieder aufgebaut hätten und „Flüchtlinge“ ein neues Wirtschaftswunder brächten? Dass man die Grenzen nicht schützen könne?

Werden die ominösen »Faktenprüfer« künftig auch offiziellen Unsinn beanstanden? Davon ist nicht auszugehen. Bei dem Thema gilt: »Fake News« verbreiten immer die anderen, aber nie die Regierung. Wie ist vor diesem Hintergrund der Sinneswandel der Regierung bei der Bewertung der Gefahr durch das Corona-Virus einzuordnen?

Auch ist nicht jeder Irrtum direkt eine gezielte Falschinformation. Und »Fakten« sind keinesfalls immer unumstößliche Gewissheiten. Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt kann das, was heute als Fakt akzeptiert ist, schon morgen als falsch dastehen lassen.

Zudem sind präsentierte Fakten nicht gleich Wahrheit. Auch eine ausgewählte Präsentation von Fakten zeichnet ein falsches Bild von der Wirklichkeit. Die Unwahrhaftigkeit etwa der Öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalten gründet im Wesentlichen nicht auf einfachen Lügen, sondern auf manipulativer Präsentation von Wirklichkeitsfetzen. Sie haben das Ziel einen Denkraum vorzugeben („framing“) und die Zuschauer in eine bestimmte Denkrichtung zu stoßen („nudging“).

Außerdem müssen Fakten immer erst interpretiert werden. Das erkenntnismäßige und theoretische Vorverständnis, das eine solche Interpretationsleistung ermöglicht, kann seinerseits jedoch nicht Gegenstand einer »Faktenprüfung« sein. Sondern einzig einer intellektuellen Auseinandersetzung. Wollen die »Faktenprüfer« auch künftig über Deutungsmuster richten?

Niemand möchte, dass in den sozialen Netzwerken bewusst Lügen gestreut werden. Aber es ist nicht Aufgabe eines »Wahrheitsministeriums« in die Welt des freien Redens einzugreifen; auch wenn es dort nicht immer redlich zugeht. Das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf Meinungsfreiheit wiegt einfach schwerer.



MDL Sebastian Wippel

Innenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion; Innenausschuss, Parlamentarisches Kontrollgremium, Stellvertreter im Verfassungs- und Rechtsausschuss, Mitglied im Landesvorstand

Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zu Pflicht. - Berthold Brecht

Sehr geehrte Bürger!

Am 23. Juli 2020 veranstalteten mein Team und ich in Löbau eine Demonstration gegen Gewalt. Grund dafür war der brutale Angriff auf einen Gymnasiasten aus Löbau durch einen türkischstämmigen Jugendlichen und dessen Gefolgschaft. Zu dieser friedlichen Demonstration erschienen rund 450 Bürger um sich Gehör zu verschaffen. Es war aber nicht nur dieser eine Übergriff, der die Menschen mobilisierte. Es war ein weiteres Beispiel für eine Art von Missständen, die in unserem Land den von politisch-medialen Meinungsführern einfach ignoriert werden und so unsere Bürger mit Ihren Ängsten und Sorgen allein lassen. Die immer stärker eingeschränkte Lebensqualität und die



konsequente Ablehnung unserer Mitmenschen gegenüber Zuständen wie in Berlin oder vielen anderen westdeutschen Metropolen, wo kriminelle Clanstrukturen, Bezirke und den Alltag bestimmen, riefen die Demonstranten in Löbau auf den Plan. Solch schlimme Taten, wie der jüngste Übergriff auf den Gymnasiasten sind oft nur die Spitze des Eisberges. Tief liegend sind die täglichen Demütigungen, aggressive und auffordernde Blicke durch bestimmte Migranten, die auf sehr viele Menschen im Alltag eine unheimlich einschüchternde Wirkung haben. Demütigungen wie das Versperren von Wegen und Bürgersteigen durch bestimmte Gruppen sowie die Aggressivität, die einem entgegengebracht wird. Sei es bei normalen Handlungen im Alltag, Diskussionen, im Straßenverkehr oder anderen Situationen im öffentlichen Leben, die deutlich aufzeigen, dass sich nicht nur Sachsen im Ganzen sondern selbst unsere kleinen Städte wie Löbau kulturell verändern. Personen, die aus Kulturkreisen stammen wo nur der Stärkere gewinnt und man im Zweifelsfall immer erst einmal zuschlagen oder aggressiv auftreten muss, um sein Anliegen oder seinen Standpunkt durchzusetzen. Wer seine Bringschuld an unsere Gesellschaft nicht erfüllt, seine Arbeitsamkeit bewusst vernachlässigt und unsere Regeln als Gastgeber immer wieder missachtet, hat in unserer Zivilgesellschaft keinen Platz! Es wird Zeit, dass in unserer Heimat wieder Ordnung herrscht. Demütigungen und Erniedrigungen aufgrund von Überlegenheitsdenken sowie Übergriffe auf Menschen, egal welcher Herkunft, müssen ordentlich verfolgt und geahndet werden. Nur so zeigen wir, dass es bei uns gesittet zugeht.

B96 – Beschimpfungen und Diffamierungen durch die Presse. „Doch wir bleiben!“

Es geht durch die Medien, durch das Internet und die sozialen Netzwerke. Es wird heiß diskutiert und viele versuchen den Teilnehmern etwas anzudichten. Doch die B96-Protestler, die sich jeden Sonntag um 10 Uhr zum stillen Protest entlang der Bundesstraße 96 zwischen Zittau und Bautzen versammeln, wollen sich nicht von den unsäglichen Provokationen durch Medien und Politik beirren lassen. Was ist es, das die Leute bewegt und antreibt Gesicht zu zeigen? Es ist das Gegängelt werden, die Einschränkungen der Grundrechte, die Unzufriedenheit mit einer inkompetenten Regierung, die nur an eines denkt: Posten sichern und mehr Mittel gegen „Rechts“ zu schaffen.



Die Menschen haben es satt, sich vorschreiben zu lassen, ob sie denn einen Mundschutz zum Einkaufen tragen oder nicht, ob sie am Sonntag Motorrad fahren dürfen, ob sie ihren sparsamen zuverlässigen Diesel noch fahren dürfen, ob sie ihre Liebsten umarmen dürfen. Dies sind nur einige Gründe. Die Liste, die den Zorn der Menschen entfacht ist noch um einiges länger. Genau aus diesen verschiedensten Gründen stehen die B96 Protestler jeden Sonntag von 10:00-11:00 Uhr an der Straße. Auch Jörg Urban, AfD-Landeschef und Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie mein Fraktionskollege Frank Peschel, Wahlkreisabgeordneter aus dem benachbarten Bautzener Oberland, zeigten ihre Solidarität mit den Demonstranten und sprachen ihren Respekt für das Durchhaltevermögen und „dicke Fell“ aus sowie das diese Beschimpfungen und Diffamierungen durch den deutschen Qualitäts- (System-)Journalismus so tapfer weggesteckt und weitergemacht wird. Das medial inszenierte Thema an den B96 Protesten sind immer wieder die schwarz-weiß-roten Fahnen, welche hier und da verteilt zu sehen sind. Beeindruckend dahingehend sind nicht die Fahnen an sich, sondern die Vielfalt an Fahnen, die nebeneinander geschwenkt werden. So trifft sich an der B96 die Kaiserreichsflagge neben der Friedensflagge, die Deutschlandflagge neben dem Regenbogenregenschirm aber auch Oberlausitzer- und Sachsenfahnen sind zu sehen. Genau diese Konstellation ist es was unsere Gesellschaft bildlich darstellt und dass, liebe Bürger, ist auch gut so.

Fahrverbote für Motorräder mit uns nicht zu machen!



Am 4. Juni 2020 versammelten sich, nach einem Aufruf zur Demonstration, ca. 1500 Biker mit ihren Motorrädern auf dem Theaterplatz in Dresden, um gegen die Willkür der Regierung und die Idee eines Sonn- und Feiertagsfahrverbots für Motorräder zu demonstrieren. Verschiedene Treffpunkte aus Richtung Görlitz und Zittau lies in Löbau am AfD Bürgerbüro bereits erahnen welche geballte Kraft da in Dresden anrollen wird. Ein unvergessener Anblick auch auf der Autobahn A4, als sich weitere 100 Motorräder in die Kolone einreihen.

Ich lehne ein Fahrverbot für Motorräder strikt ab! Hundertausende Biker zu diskriminieren, nur weil einige schwarze Schafe Ihren Auspuff frisieren, ist einfach nur grotesk.

Bürgerstammtische der AfD-Regionalgruppe Löbau

Am 15. Juli 2020 wurde ein neuer Regional-gruppenvorstand der AfD-Regionalgruppe Löbau gewählt. Nochmals möchte ich hiermit meinen Glückwunsch aussprechen und Ihnen Ihre neuen Ansprechpartner und unsere Bürgerstammtische näherbringen.

Vorsitzender:	Stefan Mladek
Stellvertretender Vorsitzender:	Heiner Putzmann
Schriftführer:	Benjamin Oehme

Diskutieren sie mit (Anmeldung nicht erforderlich):
am 12.11.2020, ab 18:00 Uhr offener Stammtisch
ab 19:00 Uhr Bundestagsfraktion vor Ort
 Kretscham Lawalde
 Löbauer Str. 5
 02708 Lawalde

Aktive Wirtschaftskraft ist – Tourismus vor Ort!

Zu einem Themenabend lud Mike Moncsek, Kreis und Gemeinderat aus Mittelsachsen, MdEP Dr. Maximilian Krahe und MdB Christoph Neumann am 7. Juli 2020 nach Großschirma ein. Auch ich bin dieser Einladung, als tourismuspolitischer Sprecher für den ländlichen Raum unserer Fraktion im Sächsischen Landtag, gefolgt. An diesem Abend standen sie im Fokus, unsere aktiven Macher vor Ort. Wir wollten Themen aufnehmen, die die Menschen

und Unternehmer der Region bewegen, um diese gebündelt in den Land- und Bundestag sowie in das europäische Parlament mitzunehmen und dort vehement für sie zu kämpfen. Wir haben viele wichtige Hinweise erhalten, die wir dankend entgegengenommen und weitergetragen haben.

Verfall gestoppt! Versprechen eingelöst.

„Einfach und schlicht sollte das Mahnmal in Ebersbach-Neugersdorf sein. Schwermütig klingt das Lied ‚Ich hatt‘ einen Kameraden‘ über das Tal für 300 im ersten Weltkrieg gefallene Ebersbacher Söhne. Reichs- und Lausitzfahnen werden am 14 Juni 1924 gesenkt. Die Sehnsucht nach ewigem Frieden wird sich nicht erfüllen.“ So beschrieb es ein mir unbekannter Autor, der ein Originalbild des frisch gesetzten Denkmals am Fuße des Schlechtebergs zum Anlass nahm, diesen Text zu verfassen. Die Gespräche welche ich in letzter Zeit mit älteren Persönlichkeiten aus Ebersbach-Neugersdorf und dem Umland geführt habe machen deutlich, dass die Erinnerung an dieses 16m x 30m große Denkmal weiterhin in ihren Erinnerungen existent war und ist. Daher freue ich mich, dass dieser Zeitzeuge der Geschichte, durch mein Engagement bei der Stadt und Denkmalschutzbehörde wieder im hergerichteten Zustand betrachtet werden kann. Es ist erschreckend wie gleichgültig vielen Personen mit der Heimatgeschichte umgehen und diese dem Verfall preisgeben. Ein Mahnmal darf nicht aus Interessenlosigkeit seinen Sinn verlieren und muss seinem Zweck dienen können, für was es errichtet wurde: Zum Gedenken an die Gefallenen und zur Mahnung an die nächsten Generationen.

Bleiben Sie gesund!



MdL Mario Kumpf

Ausschüsse: Petition und Kultur, Medien und Tourismus;
 Tourismuspolitischer Sprecher

Neues von der AfD-Kreistagsfraktion Görlitz



Zur Fraktionssitzung am 10.07.2020 gab es gleich zwei Nachwahlen für den Fraktionsvorstand. So wurde Hajo Exner aus Markersdorf zum Fraktionsvorsitzenden neben dem Weißwasseraner Jens Glasewald gewählt. Die Fraktionsmitglieder sprachen auch dem Zittauer Jörg Domsgen ihr Vertrauen aus. Mit seiner Wahl, zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, wurde der Vorstand komplettiert. Somit ist der Fraktionsvorstand sehr gut und kontinuierlich aufgestellt, um die Arbeit der AfD-Fraktion im Görlitzer Kreistag weiter voranzutreiben.

Erste Schlagzeilen machte die Fraktion mit dem Antrag auf Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Caspar Sawade, der sich mit dem Gerhart-Hauptmann-Theater an einer Gegendemo beteiligte und dabei nicht davor scheute, gemeinsam mit der Antifa aufzutreten. Natürlich wurde unserem Antrag nicht entsprochen, wir haben aber ein Signal gesetzt, dass die einseitige Stellungnahme von öffentlichen Einrichtungen und die fehlende Neutralitätspflicht anprangert.

Aktuell liegt dem Landrat ein Antrag unserer Fraktion vor, der einfordert, dass einzelne Bauabschnitte des LRA-Baus in Görlitz nochmals zu überprüfen sind. Es kann doch nicht sein, dass hierfür Mittel zweckentfremdet werden, die im Rahmen des sogenannten Strukturwandels eigentlich zur Stärkung der Lausitz als attraktive Wirtschafts-, Kultur- und Energieregion eingesetzt werden sollen. Wir erwarten, dass dieser Antrag im Dezember im Kreistag entschieden wird und sind gespannt, wie die anderen Fraktionen sich dazu positionieren werden.

Wir freuen uns auf Ihre Kommentare und Anmerkungen.

Website: www.afdgoerlitz.de/kreistagsfraktion

Facebook: /AfDFraktionGoerlitz

Impressum

Herausgeber: ZUNEX Media GmbH
Hauptstraße 38
D-02829 Markersdorf

Druck & Verlag:
ZUNEX Media GmbH
Hauptstraße 38
D-02829 Markersdorf

V.i.S.d.P.: Tino Chrupalla, ausgenommen Seite 4,5: Roberto Kuhnert, Seite 6,7: Jens Oberhoffner, Seite 8,9: Sebastian Wippel, Seite 10,11: Mario Kumpf
Salomonstraße 1, 02826 Görlitz
Telefon: 03581/68 616 34
E-Mail: vorstand@afdgoerlitz.de

Unsere Büros im Landkreis

Weißwasser | MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert
Muskauer Straße 73, 02943 Weisswasser
Telefon: 03576 / 2186678
Öffnungszeiten: Mo. 14:00 – 18:00 Uhr
Di. 09:00 – 15:00 Uhr
Mi. 09:00 – 12:00 Uhr
Do. 09:00 – 12:00 Uhr

Niesky | MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert,
MdL J. Oberhoffner
Muskauer Straße 1, 02906 Niesky
Telefon: 03588 / 2593281
Öffnungszeiten: Di. 09:00 – 13:00 Uhr
Mi. 12:00 – 16:00 Uhr
Do. 09:30 – 17:30 Uhr

Löbau | MdB T. Chrupalla, MdL M. Kumpf
Breitscheidstraße 42, 02708 Löbau
Telefon: 03585 / 4524793
Öffnungszeiten: Mo. 10:00 – 18:00 Uhr
Di. 10:00 – 18:00 Uhr
Mi. 14:00 – 18:00 Uhr
Fr. 09:00 – 12:00 Uhr

Görlitz | MdB T. Chrupalla, MdL S. Wippel, Kreistagsfraktion
Berliner Straße 51, 02826 Görlitz
Telefon: 03581 / 6861634
Öffnungszeiten: Mo. 09:00 – 12:00 Uhr
Mi. 13:00 – 17:00 Uhr
Fr. 09:00 – 12:00 Uhr

Zittau | MdB T. Chrupalla, MdL J. Oberhoffner
Äußere Weberstraße 19, 02763 Zittau
Telefon: 03583 / 5627090
Öffnungszeiten: Di. 09:30 – 17:30 Uhr
Do. 12:30 – 16:30 Uhr
Fr. 13:00 – 15:00 Uhr

www.afdgoerlitz.de



Bitte unterstützen Sie uns und unsere Arbeit durch Ihr Engagement als Förderer, Unterstützer oder natürlich als Mitglied. Unser Spendenkonto:

Empfänger: AfD-Kreisverband Görlitz
Verwendungszweck: Spende, Spendername/-adresse
IBAN: DE33 8505 0100 0232 0219 61
BIC: WELADED1GRL